**Internationale Politik und Gesellschaft – International Politics and Society 1/ 2001:
http://orae.fes.de:8081/fes/docs/IPG1_2001/ARTELSENHANS.HTM**

Hartmut Elsenhans

Globalisierung als Wachstumsblockade – Redynamisierung durch Entwicklungspolitik

Heute gilt als Gemeinplatz, dass keynesianische Politik der Stärkung der Nachfrage passé ist. Wer dies zu bezweifeln wagt, wird bestenfalls als Traditionalist lächerlich gemacht. Und doch vollzieht sich unter aller Augen eine keynesianische Situation: Globalisierung führt zu einem weltweiten Mangel an Nachfrage. Das Produktionspotential steigt rascher als die effektive Nachfrage. Für eine Neubewertung des keynesianischen Anliegens muss freilich viel ideologischer Schutt eines simplifizierten Keynesianismus und einer nur oberflächlich begriffenen Globalisierung weggeschafft werden.
Zentral ist bei Keynes nicht die Forderung nach mehr Staatswirtschaft. Sein Punkt ist, dass in einer Wirtschaft mit Buchgeld Wirtschaftssubjekte die Option haben, ihr Geld nicht für heutigen Konsum oder jetzt vorzunehmende Investitionen auszugeben, sondern zu sparen. In einer kapitalistischen Wirtschaft mit Buchgeld gibt es die Möglichkeit, Liquidität zu halten. Einkommen führt deswegen, anders als in einer von Warengeld abhängigen Wirtschaft, nicht automatisch zu beschäftigungswirksamer Nachfrage.

Ziel "keynesianischer" Politik ist es, den in der Neoklassik als stets gesichert angenommenen Mechanismus des Erreichens von makroökonomischem Vollbeschäftigungsgleichgewicht durch stützende Maßnahmen erneut zu installieren. Indem dann Vollbeschäftigung erreicht wird, wird Arbeitskraft knapp, wie in der Neoklassik als automatisch angenommen. Dann sind auch die Branchen mit unterdurchschnittlicher Produktivitätssteigerung gezwungen, höhere Löhne zu bezahlen, soweit sie diese in höheren Preisen weitergeben können, bzw. wenn dies nicht möglich ist, das Angebot einzuschränken. Auf den Gütermärkten kommt es dabei zu einer Verschiebung der relativen Preise. Die Arbeitseinkommen steigen auf breiter Front. entsprechend den durchschnittlichen Produktivitätssteigerungen, und nicht unterschiedlich nach Maßgabe der physischen Produktivitätssteigerung pro Arbeitsplatz. Die Entlohnung der Friseure steigt im Prinzip nicht weniger schnell als die der Computerfachleute. Aber nur Knappheit von Arbeitskraft führt zu dieser Anpassung der Güterpreise und Angleichung der Arbeitskosten.

Keynes teilt die Auffassung der Neoklassik, dass die Steigerung der Reallöhne der Entwicklung der Produktivität folge, wobei Post-Keynesianer sich darum streiten mögen, ob dazu die Verknappung von Arbeit (und damit die Lohndrift) ausreicht, oder ob gewerkschaftlicher Druck Voraussetzung für die Durchsetzung produktivitätsangemessener Reallohnsteigerungen ist. Wenn allerdings ein beträchtlicher Anteil der verfügbaren Arbeitskraft nicht "produktiv" eingesetzt werden kann, können die in der Neoklassik konstatierten Mechanismen der Steigerung der Masseneinkommen und damit auch der Massennachfrage nicht in Gang kommen.

Die neue Qualität von Globalisierung - im Unterschied zu der des 19. Jahrhunderts[1] - ist nun gerade dadurch gekennzeichnet, dass Arbeitskräfteüberfluss in unterentwickelten Ländern auf die Weltwirtschaft und damit auch auf die technisch führenden Länder überschwappt. Heute werden auf dem Weltmarkt für verarbeitete Produkte Volkswirtschaften wettbewerbsfähig, deren Binnenstrukturen verhindern, dass die von den Exporten kommenden Wachstumsimpulse zu Vollbeschäftigung führen. Damit stellt sich die Frage, wie diese Volkswirtschaften "integrationsfähig" gemacht werden können, so dass sich jenes andere Muster von Globalisierung, das im 19. Jh. schon vorherrschte und das ich Geleitzugmodell nenne, durchsetzen kann. Das Ziel muss sein, in den unterentwickelten Ländern die Voraussetzungen für Knappheit von Arbeit zu schaffen, um den neoklassischen Mechanismus der Lohnsteigerung parallel zur Produktivitätssteigerung in Gang zu setzen. Gelingt dies, wird die globalisierte Weltwirtschaft entsprechend den Erwartungen neoklassischer Autoren – und entgegen den Befürchtungen vieler Globalisierungspessimisten – durchaus auf die weltweite Mehrung von Wohlstand ausgerichtet sein.

Um die Welt für Globalisierung sicher zu machen, bedarf es weder eines Weltstaates noch gigantischer Entwicklungsprojekte, die außerhalb der finanziellen Möglichkeiten der Staatengemeinschaft lägen. Es genügen gezielte Reformen, die mit begrenzten Mitteln auskommen.

Das Marginalitätssyndrom unterentwickelter Länder

In der Neoklassik wird Arbeitskraft knapp, weil Unternehmen solange Arbeitskräfte nachfragen, bis deren Preis – der Lohn - auf die Höhe des zusätzlichen Produktwertes steigt, der mit der letzten noch auf dem Markt verfügbaren Arbeitskraft geschaffen wird. Ob dabei die Produktivität der einzelnen Arbeitskraft steigt, ist unerheblich. Es könnte sich um einen Kellner handeln, der wegen der allgemeinen Einkommens- und Preisentwicklung seinem auf steigende Nachfrage stoßenden Gastwirt noch einen Gewinn abwirft. Voraussetzung für diesen Mechanismus ist, dass die gesamte verfügbare Arbeitskraft hinreichend produktiv eingesetzt werden kann. Produktivitätssteigerungen führen dabei zu einer erhöhten Nachfrage nach Arbeitskraft und bei Vollbeschäftigung zu einer Lohnsteigerung.

Dieser Prozess ist in typischen unterentwickelten Wirtschaften blockiert. Produktivität und Masseneinkommen sind niedrig. Der Anteil der Nahrungsmittel an den Ausgaben der Masse der Haushalte ist hoch (50 bis 70 Prozent) und sinkt bei steigenden Haushaltseinkommen nur langsam. Steigerungen der Haushaltseinkommen führen vor allem zu einer höheren Nahrungsmittelnachfrage. Reagiert die Landwirtschaft aber auf eine wachsende Nachfrage nicht mit Produktionssteigerungen, verpufft die Erhöhung der monetären Nachfrage in inflationären Preissteigerungen für Nahrungsmittel.

Der Anteil der Landwirtschaft an der Beschäftigung ist in den armen Ländern des Südens hoch. Gleichzeitig ist in ihr die Arbeitsproduktivität niedrig, weil im Verhältnis zur wachsenden Bevölkerung gute Böden knapp sind. Wenn mehr Arbeitskräfte auf diesen oder zusätzlich erschlossenen "schlechten" Böden beschäftigt werden, sinkt der Ertragszuwachs pro zusätzlicher Arbeitskraft. Wenn die Bevölkerung schnell genug wächst, erwirtschaftet ein Teil der Arbeitskräfte weniger, als er zum Überleben braucht.

1 Zum durchaus mit dem heutigen Stand vergleichbaren Grad an Globalisierung im 19. Jh. vgl. Bairoch, Paul: "Globalization, Myths and Realities: One Century of External Trade and Foreign Investment", in: Boyer, Robert; Drache, Daniel (Hg.): States Against Markets. The Limits of Globalization (London: Routledge, 1996); S. 173-192. UNCTAD: World Investment Report 1994. Transnational Corporations Employment and the Workplace (Genf: United Nations, 1994); S. 120-121.

Dieser Teil der Bevölkerung ist marginal.[2] Anders als in der neoklassischen Modellwelt gibt es einen beachtlichen Teil der Bevölkerung, der weniger produziert, als er zum Überleben braucht. Dies wurde frühzeitig in der Theorie des Arbeitskräfteüberschusses thematisiert.[3] Die Ablehnung von demographischem Wachstum – bis zum Ende des 2. Weltkriegs weltweit als Quelle von Macht und Reichtum betrachtet – ist der volkstümliche Niederschlag dieses Befundes.

Die überschüssigen Arbeitskräfte überleben aus zwei Gründen:

- Diejenigen, die im Besitz hinreichend guter Böden sind, erzielen Überschüsse. Weil es keine dynamischen Märkte für Industrieprodukte gibt und deshalb mit Investitionen für die Herstellung von Massenkonsumgütern wenig zu verdienen ist, werden diese Überschüsse zur Sicherung von Macht und für Luxus eingesetzt. Die "Herren" können die eigene Machtbasis vergrößern, wenn sie die Zahl ihrer Klienten steigern, die wiederum um so nützlicher für die Verteidigung von Macht sind, als sie über eigene nachgeordnete Klienten verfügen. Darum sind alle Herren bestrebt, einen gewissen Überschuss von Arbeitskräften im Bereich ihrer politischen Kontrolle zuzulassen.
- Die Marginalen und die von Marginalität Bedrohten befinden sich auf einem Arbeitsmarkt, der nach dem Muster einer Lotterie organisiert ist, und versuchen die Zahl ihrer "Lose" durch eine zahlreiche Kinderschar zu vergrößern, in der Hoffnung, dass eines davon wenigstens in der Lage sein wird, einen Beitrag zum Überleben aller übrigen zu leisten.

Es bedarf sehr viel technischen Fortschritts, um die hier beschriebene Blockade von Wachstum zu überwinden. Wenn die Produktivität in der Herstellung von Luxuskonsumgütern für die Reichen steigt, sinken die Überlebenskosten der Arbeit kein bisschen. Der Konsum der Reichen weitet sich vielleicht aus und damit auch die Nachfrage nach Arbeitskraft. Ohne landwirtschaftliche Produktionssteigerung verteuern sich in der Folge jedoch die Nahrungsmittel und damit die "Reproduktion" der Arbeitskraft. Wenn die Produktivität hingegen bei der Herstellung von gewerblichen Gütern des Massenkonsums steigt, sinken die Reproduktionskosten. Arbeitskräfte, deren Grenzprodukt vordem zu niedrig zur Deckung ihrer Überlebenskosten war, können jetzt über die Marginalitätsschwelle "rutschen". Aber auch dieser Effekt ist äußerst begrenzt, solange der Anteil gewerblicher Produkte an den Lebenshaltungskosten der Arbeiter gering ist.[4]

Entscheidend ist die Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft. Hier lassen sich zwei Ausrichtungen unterscheiden: Steigerung des Überschusses schon beschäftigter Arbeitskräfte (Beispiel Grüne Revolution) und Steigerung des Grenzprodukts von Arbeit (arbeitsintensive Bodenverbesserung). Steigt der Überschuss, hängt die Entwicklung der Beschäftigung vom Ausgabeverhalten derer ab, die über den Überschuss verfügen: ob sie diesen ohne Steigerung der Beschäftigung gegen Luxusgüterimporte oder gegen

---

2 Zu diesem Modell: Elsenhans, Hartmut: "Rent, State and the Market: The Political Economy of the Transition to Self-sustained Capitalism", in: Pakistan Development Review, 33, 4 (December 1994); S. 393-428. Elsenhans, Hartmut: "Überwindung von Marginalität als Gegenstand der Armutsbekämpfung", in: Schäfer, Hans Bernd (Hg.): Bevölkerungsdynamik und Grundbedürfnisse in Entwicklungsländern. Schriften des Vereins für Sozialpolitik 246 (Berlin: Duncker & Humblot, 1995); S. 193-221.

3 Fei, John C.H.; Ranis, Gustav: Development of a Labor Surplus Economy. Theory and Policy (Homewood, Ill.: Irwin, 1964); S. 7. Lewis, William Arthur: "Economic Development with Unlimited Supply of Labour", in: Manchester School of Economic and Social Studies, 22, 4 (Mai 1954); S. 139-191. Georgescu-Roegen, Nicholas: "Economic Theory and Agrarian Economics", in: Oxford Economic Papers, 12, 1 (February 1960); S. 1-40. Dandekar, V.M.: "Economic Theory and Agrarian Reform", in: Oxford Economic Papers, 14, 1 (February 1962); S. 69-80.

4 Bei 60% Nahrungsmittelanteil und 10% Bekleidungsanteil an den Haushaltsausgaben würde eine Vervierfachung der Produktivität in der Massentextilienproduktion eine Reduzierung der Lebenshaltungskosten um 7,5% nach sich ziehen, weniger als eine 12-prozentige Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft.

lokal produzierte Luxusgüter tauschen. Steigt das Grenzprodukt von Arbeit in der Landwirtschaft, nimmt die Beschäftigung hier unmittelbar zu. Aber auch für die im gewerblichen Sektor Beschäftigten stehen mehr Nahrungsmittel zu Verfügung, so dass dort mehr Raum für Realeinkommenssteigerungen ist. Der Überschuss erweitert u. a. die Möglichkeiten zur Reallohnsteigerung in weltmarktorientierten Fabriken.

Die Entkopplung des Preisniveaus in Industrie- und Entwicklungsländern

Landwirtschaftliche Überschüsse ermöglichen es den Entwicklungsländern, Industriegüterexporte zu subventionieren und damit in den Weltmärkten vorzudringen, und das weitgehend unabhängig von der Produktivitätsentwicklung im industriellen Exportsektor.

Beim Vergleich der Statistiken des Weltentwicklungsberichts fällt auf: Zwischen den Industrieländern unterscheidet sich die Höhe des Bruttosozialprodukts auf der Grundlage der Umrechnung über die Wechselkurse von derjenigen auf Grundlage der Kaufkraftparität nicht wesentlich.[5] Bezieht man dagegen die unterentwickelten Länder mit ein, sind diese Differenzen erheblich. Die Kaufkraftparität der Währungen, die zwischen entwickelten Industrieländern häufig festgestellt wurde, gilt nicht zwischen den Industrieländern und unterentwickelten Ländern. Im chinesischen Fall ist das zu Kaufkraftparitäten berechnete Bruttosozialprodukt viermal so hoch als umgerechnet auf der Grundlage des Wechselkurses.[6] Eine chinesische Familie kann sich in Peking von ihrem Einkommen 10- bis 12mal soviel kaufen als bei Umtausch in westliche Währung in Kanada. Direkte Folge dieses Unterschieds der Bewertung der Wirtschaftsleistung zu Wechselkursen und Kaufkraftparität ist ein Auseinanderfallen von Arbeitskosten in internationaler Währung und Reallöhnen. Die Arbeitskosten in einem rückständigen Land können sehr niedrig sein, während die Reallöhne relativ hoch sein mögen. Die Ärmsten in der Welt leben im subsaharischen Afrika, und doch sind ihre Arbeitskosten höher als sie in Ostasien selbst zu Beginn der dortigen industriellen Entwicklung waren. Das Verhältnis der Arbeitskosten zwischen westlichen Industrieländern und asiatischen Ländern beträgt bis zu 50:1, das Verhältnis der Reallöhne dagegen selten mehr als 7:1 oder 8:1.[7]

---

5 Hakkio, Craig S.: "A Re-examination of Purchasing Power Parity: A Multicountry Multiperiod Study", in: Journal of International Economics, 17, 3 (1984); S. 265-277. Abuaf, Niso; Jorion, Philippe: "Purchasing Power Parity in the Long Run", in: Journal of Finance, 45, 1 (March 1990); S.157-175.

6 980,2 Mrd. $ gegenüber 4.112,2 Mrd. $, World Bank: World Development Report 2000/2001. Attacking Poverty (Cambridge, Mass.; London et al.; New Delhi et al.; Oxford: Oxford University Press, 2000); S. 274. Vgl. auch Chen, Haichun; Gordon, M.J.; Yan, Zhiming: "The Real Income and Consumption of an Urban Chinese Family", in: Journal of Development Studies, 31, 1 (October 1994); S. 201-213.

7 Lafay, Gérard: "Les origines internationales du chômage européen", in: Revue d'économie politique (November-Dezember 1996); S. 943-963. Narrassiguin, Philippe: "Croissance tirée par les exportations et politique de change: Le cas de l'île Maurice", in: Revue d'économie politique (März 1995); S. 325. Mundorf, Hans: "Amtliche Wechselkurse dienen oft der Verfälschung der Wirklichkeit", in: Handelsblatt (28./29. August 1998); S. 2. Guillaumont-Jeanneney, Sylviane; Hua, Ping: "Politique du change et développement des exportations manufacturées en Chine", in: Revue économique, 47, 3 (Mai 1996); S. 851-860. Strack, D.; Helmscholdt, H.; Schönherr, S.: "Internationale Einkommensvergleiche auf der Basis von Kaufkraftparitäten: Das Gefälle zwischen Industrie- und Entwicklungsländern verringert sich", in: IFO-Schnelldienst, 50, 10 (April 1997); S. 8-14. Vgl. auch Yotopoulos, Pan A.; Lin, Jenu-Yih: "Purchasing Power Parities for Taiwan: The Basic Data for 1985 and International Comparisons", in: Journal of Economic Development, 18, 1 (Juni 1993); S. 7-52. Weliwita, Avanda: "Cointegration Tests and The Long-Run Purchasing Power Parity: Examination of Six Currencies in Asia", in: Journal of Economic Development, 23, 1 (June 1998); S. 103-113.

Die Konstellation von im Vergleich zu anderen Wirtschaften niedrigen Arbeitskosten bei gleichzeitig hohen Reallöhnen setzt voraus, dass

- die Produktivität in denjenigen Wirtschaftssektoren relativ hoch ist, die ihre Produkte vornehmlich auf lokalen Massenmärkten verkaufen, auf denen sich auch die Arbeitskräfte des Exportsektors eindecken;
- diese Sektoren ihre Produkte nicht auf dem Weltmarkt verkaufen können.

Genau dies trifft auf eine Reihe von Entwicklungsländern heute zu. Die Produktionszweige, die dort Massenkonsumgüter produzieren, sind (gemessen an der Produktivität vergleichbarer Sektoren in den fortgeschrittenen Industrieländern) im Verhältnis zu den Exportsektoren des rückständigen Lands relativ produktiv, in ihnen hat das Entwicklungsland also komparative Vorteile. Aber diese Massenkonsumgüter sind aus unterschiedlichen Gründen (hohe Transportkosten, leichte Verderblichkeit, Unangepasstheit an Verbrauchererwartungen im Ausland) dennoch nicht auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig. Für sie bleibt nur der Binnenmarkt, wo sie weitaus geringere Preise erzielen als auf dem Weltmarkt. Die Folge ist, dass die Exportsektoren an ihre Arbeiter weitaus niedrigere Löhne bezahlen können als wenn die Arbeiter ihre Nahrungsmittel und Basiskonsumgüter zu Weltmarktpreisen kaufen müssten.

Weil es sich um die Subventionierung des Exportsektors und nicht um eine Manipulation des Wechselkurse handelt, gibt es ein solches Auseinanderfallen von Reallohndifferenzen und Arbeitskostendifferenzen auch bei festen Wechselkursen. Entscheidend ist, dass ein Teil der Arbeitskräfte entweder die eigene Arbeit oder die eigenen Produkte trotz hoher Leistungsfähigkeit nicht auf dem Weltmarkt verkaufen kann und sie auf den national begrenzten Märkten billig anbieten muss. Allerdings sind flexible Wechselkurse gut geeignet, die Subventionierung von Exporten durch ein niedriges nationales Kostenniveau ohne deflatorische Prozesse vergleichsweise unproblematisch durchzusetzen. Sie erlauben es, über Währungsabwertung das inländische Preisniveau sozialverträglich abzusenken. Wenn vor allem Beschäftigung ausgeweitet werden soll, kann es ökonomisch sinnvoll sein, nicht nur sinkende, sondern sogar negative Grenzerträge beim Export hinzunehmen. Dies tritt ein, wenn wegen der niedrigen Preiselastizität der Nachfrage für Exportgüter bei weiter sinkenden Wechselkursen die exportierten Mengen langsamer steigen, als die Exportpreise sinken.

Die Grenzen für Abwertungen werden erst erreicht, wenn die Arbeitskräfte bzw. die zur Subvention der Exportproduktion benötigten Lohngüter knapp werden. Eine Wirtschaft kann nahezu unbegrenzt abwerten, wenn sie noch niedrige Reallöhne (das Kennzeichen von Arbeitskräfteüberschuss) hat und einen landwirtschaftlichen Überschuss produziert.

Die gewerblichen Massenkonsumgüter werden – wenn auch nach Ländern unterschiedlich – überwiegend vom lokalen kleinbetrieblichen, sogenannten informellen Sektor hergestellt. Wo immer die Dynamisierung der Landwirtschaft in der unterentwickelten Welt gelungen ist – ein Erfolg der Grünen Revolution –, blüht der informelle Sektor aufgrund der wachsenden Nachfrage für seine Produkte. Die in der Entwicklungshilfeliteratur breit diskutierten anderen Hindernisse wie fehlende Kredite werden regelmäßig bei dynamischer Nachfrageentwicklung für den informellen Sektor überwunden.

Der für Abwertung eingesetzte Überschuss der Landwirtschaft geht als Rente in seiner physischen Form als Nahrungsmittel an die zusätzlich in der Exportwirtschaft Beschäftigten. Das finanzielle Gegenstück kommt teilweise diesen Arbeitskräften, teilweise den Konsumenten bzw. den Importeuren in den weiter fortgeschrittenen Wirtschaften des Nordens zugute. Dabei verbessern sich die terms of trade der

Industrieländer, die der Entwicklungsländer verschlechtern sich.[8] Ungleicher Tausch[9] wird zur Voraussetzung aufholender Entwicklung.[10]

Durch die Möglichkeit, mit Hilfe der dargestellten Lohnsubvention verarbeitete Produkte zu exportieren, vereinfacht sich das Entwicklungsproblem, das darin besteht, Renten in bislang noch nicht rentable Projekte und Produktionszweige zu kanalisieren. Es bedarf dazu nicht des Renten administrativ aneignenden und verteilenden Staates. Damit verringern sich auch die Anlässe, Renten zur Bereicherung Einzelner zu nutzen.

Neben der Steigerung des Überschusses der Nahrungsmittelproduktion tragen zwei weitere Mechanismen dazu bei, dass rückständige Wirtschaften industriell wettbewerbsfähig werden, nämlich

- die Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft der westlichen Industrieländer
- der Technologietransfer aus dem Norden in den Süden (durch multinationale Unternehmen, Entwicklungshilfe und Eigenanstrengungen des Südens).

Seit den 30er Jahren wächst die Produktivität in der Landwirtschaft der führenden Industrieländer nahezu parallel zur durchschnittlichen Produktivität der Industrie. Sie wächst damit schneller als die Produktivität in den weniger dynamischen, technisch weniger anspruchsvollen, Branchen der Industrie. Deren Preise steigen im Verhältnis zu den Nahrungsmittelpreisen. Auch ein unterentwickeltes Land kann bei Spezialisierung auf diese “fußkranken” Branchen mehr Nahrungsmittel für die gleiche Menge einfacher Industriegüter kaufen als zuvor.

Diese weniger dynamischen Branchen der Industrie sind gleichzeitig die Kandidaten für Produktionsauslagerung. Die unterentwickelten Wirtschaften erhielten in diesen Branchen selbst dann komparative Kostenvorteile, wenn sie keinerlei technischen Fortschritt zu verzeichnen hätten. Dies folgt allein schon daraus, dass in den führenden Industrieländern die Produktivität in den anderen (technisch anspruchsvolleren) Branchen rascher gestiegen ist. Der relative Rückgang der Agrarpreise vis-a-vis den Preisen für einfache Industriegüter, auf die sich Entwicklungsländer spezialisieren, ermöglicht es letzteren in zunehmendem Maße, Agrargüter auf dem Weltmarkt zu kaufen und so das Nahrungsmittelangebot für die Exportarbeiter zu erhöhen. D.h. ihre Exportindustrialisierung ist in immer geringerem Maße an die Grenzen des eigenen Agrarüberschusses gebunden. Subventionierte Nahrungsmittelexporte der führenden Industrieländer verstärken diesen Effekt noch.

Die Grenzen werden auch dadurch erweitert, dass die Arbeitsproduktivität in den Entwicklungsländern steigt. Wenn mit gleichem Arbeitseinsatz mehr Produkte produziert werden können, steigen bei konstanten Preisen der auf dem Weltmarkt angebotenen Nahrungsmittel relativ zu den Preisen der industriellen Entwicklungsländerexporte die Erlöse pro Beschäftigtem. Die Schwelle, ab der wenigstens im Exportsektor die Kosten des Überlebens zusätzlicher Arbeitskräfte erwirtschaftet werden, sinkt. Dies erleichtert wiederum die Transformation von komparativen Kostenvorteilen in preisliche Wettbewerbsfähigkeit.

---

8 Wer weiß schon, dass die in der Dritten Welt gefertigten Jeans bei Ausladung in Deutschland nicht mehr als 8 DM kosten dürfen, die in der Dritten Welt gefertigten Hemden nicht über 9 DM. Vgl. auch Sarkar, Parbirjit; Singer, Hans Wolfgang: "Manufactured Export of Developing Countries and their Terms of Trade Since 1965", in: World Development, 19, 4 (April 1991); S. 333-340.

9 Im Sinne von Emmanuel, Arghiri: L'échange inégal. Essai sur les antagonismes dans les rapports économiques internationaux (Paris: Maspéro, 1969); S. 109 f.

10 Suh, Suk Tai: "The Theory of Unequal Exchange and the Developing Countries", in: Kim, Kyong Dong (Hg.): Dependency Issues in Korean Development. Comparative Perspectives (Seoul: Seoul National University Press, 1987); S. 111.

Das gefährdete Geleitzugmodell der Globalisierung

Weil exportorientierte Industrialisierung auf Verbilligung der Produktion beruht, führt sie ohne kompensierendes Wachstum anderer Quellen der Nachfrage zu einer Verminderung der Gesamtnachfrage im Verhältnis zur Produktionskapazität auf Weltebene. Die Verbesserung der terms of trade zwischen den in den führenden Industrieländern verbleibenden Branchen und den ausgelagerten hat dieselbe Folge wie jede Produktivitätssteigerung: Sie führt zur Arbeitslosigkeit, wenn nicht die Produktion so rasch wie die Produktivität steigt. Im internationalen Austausch bedeutet dies: Auslagerung führt zu Arbeitslosigkeit im Westen, wenn nicht entweder die Importnachfrage aus den neuen Exportländern des Südens oder die Binnennachfrage im Norden um den Effekt dieser Terms-of-trade-Verbesserung steigt.

Ausgeglichene oder gar negative Handelsbilanzen (Defizite) der aufholenden Länder sind nicht Beleg dafür, dass die von der Verlagerung von Produktion in die unterentwickelten Länder ausgehenden unterkonsumtiven Tendenzen gebannt sind: Handelsbilanzdefizite können durchaus Folge von bloßen Preissenkungen der aufholenden Länder sein, insbesondere dann, wenn Industrieexporte aus dem Süden durch Abwertung ermöglicht wurden. Dieser Effekt ist um so nachhaltiger, wenn die Exporte aufholender Länder preis- und einkommensunelastisch sind, wie dies bei technisch alten Produkten häufig der Fall ist.

Es ist wichtig, zwischen zwei Arten abwertungsgetriebenen Wachstums zu unterscheiden. Die eine ist für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zwischen Weltkonsumtions- und Weltproduktionskapazität günstig, die andere ungünstig. Unter den asiatischen Tigerländern waren als Flächenstaaten bei der Exportorientierung bisher nur solche Wirtschaften erfolgreich, die Exportoffensiven mit gesellschaftlichen Reformen verbanden. In Taiwan und Südkorea trugen Agrarreformen nachhaltig zur Absorption marginaler Arbeitskräfte bei, in Thailand interne Kolonisation (und umweltzerstörende Rodung des Regenwaldes). In keinem dieser Länder hätten die Exporte ohne diese Multiplikatoreffekte ausgereicht, um Marginalität zu überwinden und Vollbeschäftigung zu erreichen.

Die Überwindung von Marginalität zeigt sich darin, dass der neoklassische Mechanismus der Reallohnsteigerung zu funktionieren beginnt,[11] und zwar auch in den Produktionszweigen, in denen die Produktivität nicht gestiegen ist, - allein weil Arbeit knapp wurde.[12] Hinzukommt das Entstehen einer reformorientierten Arbeiterbewegung. Sie wird wichtiger Bestandteil einer Koalition, die Wettbewerbschancen auch für Klein- und Mittelunternehmen gegen die Koalition aus Rentiersinteressen in Staat und Großindustrie einfordert.[13]

Die Ergänzung von exportorientiertem Wachstum durch Wachstum des Binnenmarkts erfolgt nicht automatisch. Das Ausmaß, in dem die Verflechtung von Exportsektor und dem Rest der Wirtschaft durchgesetzt wurde, ist schon unter den erfolgreichen Tigerländern sehr unterschiedlich.[14] In einigen Ländern mit extrem ungleicher Bodenverteilung (z.B. Philippinen) kommt es überhaupt nicht zur Absorption von Marginalität. Lateinamerika war auch erfolgreich bei der Diversifizierung der industriellen

11 Fields, Gary S.: "Changing Labor Market Conditions and Economic Development in Hong Kong, the Republic of Korea, Singapore and Taiwan China", in: World Bank Economic Review, 8, 3 (September 1994); S. 395-414.

12 Bai, Moo-Ki: "The Turning Point in the Korean Economy", in: Developing Economies, 20, 1 (March 1982); S. 135.

13 Kim, Hong Joo: "Kanalisierung von Renten und Transitionsproblematik - am Beispiel der Republik Korea", in: Zinecker, Heidrun (Hg.): Unvollendete Demokratisierung in Nichtmarktökonomien. Die Blackbox zwischen Staat und Wirtschaft in den Transitionsländern des Südens und Ostens (Amsterdam: G+B Verlag Fakultas, 1999); S. 57-70.

14 Yi, Guk-Yueng: Staat und Kapitalakkumulation in ostasiatischen Ländern: Ein Vergleich zwischen Korea und Taiwan (Saarbrücken: Breitenbach, 1988).

Exporte, nicht aber bei der Überwindung von Marginalität.

Wenn Exportorientierung nicht zu Vollbeschäftigung führt, verbreitern Produktivitätssteigerungen zwar die internen Verteilungsspielräume, aber es entsteht dennoch keine hinreichende Massennachfrage. Vielmehr eignen sich politisch mächtige Gruppen die anfallenden Renten an. Die Grundlagen für die Transplantation des neoklassischen Wachstumsmechanismus werden nicht geschaffen. Die Verbilligung der Industrieexporte kann ungebremst fortschreiten.

Wird hingegen Vollbeschäftigung erreicht, steigen die Arbeitskosten in lokaler Währung und damit auch der Massenverbrauch. Technischer Fortschritt springt unter dieser Voraussetzung aus den Exportbranchen auf den Rest der Wirtschaft über. Bisher nur auf den Binnenmarkt ausgerichtete Unternehmen werden dynamisiert, weil auch für sie der Faktor Arbeitskraft knapp wird. Dadurch steigt die Produktivität, was wiederum zusätzliche Exporte erlauben kann. Wenn allmählich gesamtwirtschaftlich die Produktivität steigt, muss bei niedrigem Wechselkurs die Handelsbilanz aktiviert werden. Das Land kann sich der Aufwertung seiner Währung nicht mehr entziehen. Dies war der Weg, den Japan, Südkorea und Taiwan gehen mussten. Keines dieser Länder ist heute noch ein Niedriglohnland.

Im günstigen Fall gelingt also die Integration in die kapitalistische Weltwirtschaft als wohlfahrtsstaatlich ausgerichtete kapitalistische Wirtschaft. Im ungünstigen Fall bleibt ein nahezu unbegrenzt billiges Reservoir von Arbeitskraft, das die permanente Subvention von Industrieexporten erlaubt, ohne dass die Exporterlöse jemals zu steigender Massennachfrage führen.

Weil Gesellschaften in die Weltwirtschaft integriert werden, die wegen ihrer Binnenstrukturen nicht Vollbeschäftigung erreichen können, wird dem bisherigen Geleitzugmodell der Globalisierung die politökonomische Grundlage entzogen, mit vier Gefahren:

- unterkonsumtive Tendenzen,
- Spezialisierung bisher führender Wirtschaften auf Rückständigkeit,
- Zerschlagung von Arbeit und Kapital als kollektive Akteure, die die Autonomie von bürgerlicher Gesellschaft sichern,
- Vermachtung der Weltwirtschaft.

Entwickelte Industrieländer sind nicht alle auf Produkte spezialisiert, bei denen die marginalitätsbehafteten unterentwickelten Länder keine komparativen Kostenvorteile haben. Es gibt entwickelte, aber technisch zurückliegende Länder, die in mancher Hinsicht an Wallersteins Semiperipherien erinnern.[15] Hier gibt es keine Marginalität, deshalb tendenziell Vollbeschäftigung, aber Produktivitätsrückstände gegenüber den führenden Industrieländern. Die komparativen Kostenvorteile solcher "intermediärer" Wirtschaften liegen im Regelfall, aber nicht notwendig, bei Gütern, bei denen auch die unterentwickelten Länder internationale Wettbewerbsfähigkeit durch Abwertung erreichen.

Findet in einer technisch führenden Wirtschaft Innovation statt, steigen die Exporte. Die Landeswährung wird teurer, sofern es nicht zu kompensierenden Kapitalabflüssen kommt. Damit verliert das Land seine Wettbewerbsfähigkeit bei Branchen, in denen keine Innovation stattgefunden hat. "Intermediäre" Länder können ihre diesbezüglichen Exporte steigern. Bei liberalisiertem Kapitalverkehr können Kapitalabflüsse aus den führenden Wirtschaften allerdings diesen Strukturwandel abbremsen, weil sie die entsprechende Wechselkursanpassung verhindern. Sie tragen auch dazu bei, dass die rückständige Gast-Wirtschaft technologisch aufholt.

---

15 Wallerstein, Immanuel Maurice: Capitalisme et Economie-Monde (1450-1640) (Paris: Flammarion, 1980); S. 233.

Die relativ hohe Produktivität der Industrieländer in nicht innovativen Branchen ist nicht Folge technischer Zusammenhänge, sondern resultiert aus der Tendenz zur Vollbeschäftigung in den einzelnen, durch Migrationsbarrieren von einander abgegrenzten Volkswirtschaften. In einem technisch zurückfallendem Land, das an Wettbewerbsfähigkeit bei innovativen Branchen verliert, wird die Handelsbilanz defizitär, es kommt zur Abwertung. Damit steigen die Erlöse in den noch wettbewerbsfähigen Branchen. Diese ziehen Arbeit und Kapital aus den nicht mehr wettbewerbsfähigen Branchen an, bis die Produktionsfaktoren, also auch Arbeitskraft knapp werden. Das Verhältnis von Erlösen und Faktorkosten gleicht sich über die Branchen hinweg an.

Ein analoger Prozess vollzieht sich in den technisch führenden Wirtschaften. Sie spezialisieren sich auf jene Produkte, bei denen ihr technischer Vorsprung am ausgeprägtesten ist. Branchen werden aufgegeben, wenn sie auf den inländischen Faktormärkten nicht mehr mit den hochproduktiven exportorientierten Branchen konkurrieren können. Gleichzeitig kann die Vertiefung der Spezialisierung wegen der begrenzten Aufnahmefähigkeit des Weltmarkts zu sinkenden Preisen für die Exportprodukte der innovativen Branchen führen, so dass die in Erlösen gemessene Produktivität der exportorientierten Branchen sinkt. Beides trägt zu einer Angleichung der Faktorproduktivität in allen Branchen bei.

Die hier beschriebene Angleichung der Faktorproduktivitäten innerhalb beider Typen von Wirtschaften, der industriell führenden und der intermediären, hat zur Folge, dass nach diesen jeweiligen binnenwirtschaftlichen Ausgleichsprozessen zwischen allen Beteiligten die Abstände in der Produktivität der Arbeit in allen Branchen/Verwendungen gleich sind. Sie entsprechen dann den Abständen der internationalen Arbeitskosten. Ohne Marginalität funktionierte dieser Mechanismus in allen beteiligten Wirtschaften “weltweit”, d.h. in der ganzen in die industrielle Arbeitsteilung einbezogenen Welt. Dem Problem des Wechselkurses und damit des abwertungsgetriebenen Wachstums wurde bei der massiven Globalisierung im 19. Jahrhundert wenig Beachtung geschenkt. Denn bis Ende der 60er Jahre des letzten Jahrhunderts blieb die Weltwirtschaft im industriellen Bereich auf Länder beschränkt, in denen Arbeit knapp und der neoklassische Mechanismus der Steigerung der Reallöhne entsprechend den durchschnittlichen Produktivitätssteigerungen wirksam werden konnte. Am Handel mit Massenkonsumgütern und für deren Herstellung bestimmten Investitionsgütern, also einkommenselastischen Gütern, nahmen nur Wirtschaften teil, in denen Arbeit aufgrund der internen Markt- und damit auch Macht-Strukturen über Verhandlungspotential verfügte.

Wenn jetzt über neue Möglichkeiten zur Abwertung auch Wirtschaften wettbewerbsfähig werden, in denen das Grenzprodukt von Arbeit unter den Reproduktionskosten (gemessen in internationalen Preisen) liegt, sind die für das Geleitzugmodell konstitutiven Prozesse blockiert. Treten bei nicht innovativen Gütern durch Marginalität gekennzeichnete Wirtschaften als Konkurrenten auf, muss eine intermediäre Wirtschaft zur Erreichung von Vollbeschäftigung solange abwerten, bis sie mit diesen unterentwickelten Wirtschaften wettbewerbsfähig wird. Da in den unterentwickelten Ländern die Lebenshaltungskosten niedriger sind als in den intermediären, kann es dazu kommen, dass in den intermediären Ländern die Reallöhne unter das Niveau sinken, das in den Exportsektoren der rückständigen unterentwickelten Länder herrscht.

Aber nicht nur Wirtschaften mit mittlerem Entwicklungsstand geraten unter Druck durch abwertungsbedingt niedrige Kosten unterentwickelter Wirtschaften. Die Theorie des Produktzyklus war davon ausgegangen, dass führende Länder ihre technische Führungsstellung deshalb behalten, weil die Nähe zu Märkten und die Pfadabhängigkeit von Lernen ihnen auch bei neu einzuführenden Technologien Wettbewerbsvorsprünge verschafften. Um aber auch bei neuen Technologien wettbewerbsfähig zu bleiben, reicht nach dem Gesetz der Spezialisierung entsprechend der komparativen Kostenvorteile

nicht, dass die technisch führende Wirtschaft auch bei der Anwendung neuer Technologien produktiver ist als andere. Sie muss vielmehr gleich hohe Produktivitätsvorsprünge wie bei den älteren Technologien haben, weil sonst in den neuen Technologien die Rückstände der weniger fortgeschrittenen Länder am geringsten sind. Wo aber die Rückstände am geringsten sind, machen Abwertungen die aufholenden Wirtschaften am frühesten wettbewerbsfähig. Im Wettbewerb mit Ostasien spezialisierte sich Deutschland nicht deshalb eher auf Luxusautos und Spezialmaschinen, weil es bei der Mikroelektronik oder Standardmaschinen zurückgelegen hätte, sondern weil sein Vorsprung hier kleiner war. Den führenden Industrieländern droht also Spezialisierung auf alte Produkte. Dies ergibt sich im übrigen auch aus den Annahmen auch der modernen Varianten neoklassischer Wachstumstheorie.[16] Wachstum ist hier Folge von Wissen, das auf vielfältige Weise als Kuppelprodukt von Produktion (learning by doing) erscheint. Es ist wenig wahrscheinlich, dass in veraltenden Produktionsprozessen erworbenes Wissen auch beim Einsatz neuer Technologien gleich hohe Produktionsvorsprünge gegenüber Wirtschaften verschafft, die bisher keine der beiden Technologien angewandt hatten.

Wegen der Gefahr der Spezialisierung auf Rückständigkeit betreiben sowohl intermediäre als auch führende Industrieländer Industriepolitik, und zwar um so ineffizienter, je erfolgreicher sie bisher bei der Innovation waren: Eine aufholende Wirtschaft kennt aus den führenden Wirtschaften die Produkte und Technologien an der technischen Grenze, führende Wirtschaften können dafür nur auf Entdeckungswettbewerb hoffen, bei dem private Unternehmen im Regelfall effizienter sind als der Industriepolitik betreibende Staat. Gleichwohl kanalisiert der Staat auch in den entwickelten (führenden und intermediären) Ländern Ressourcen in die Wirtschaft. Die Entscheidung über solche Ressourcen ist stets politisch. Unternehmer und Arbeitnehmer formulieren politische Interessen, die weniger Zukunftsträchtiges begünstigen, weil das Zukunftsträchtige heute noch nicht besteht und deshalb keine Lobby hat.

Dieser Prozess wird begünstigt durch die von allen teilnehmenden Wirtschaften verfolgte Strategie der Nachfragebegrenzung. Unternehmen und Politik erleiden den Wechselkurs und sehen in den Kosten lokaler Produktionsfaktoren, also von Arbeit und Staat, die Hauptgrößen, die sie beeinflussen können. Sie haben nur die Wettbewerbsfähigkeit von Devisen verdienenden, aber die Wirtschaft an veraltete Produktionszweige kettenden etablierten Interessen im Auge. In allen unter abwertungsgetriebener Konkurrenz stehenden Wirtschaften wird deshalb auf Einbrüche bei der Beschäftigung mit Lohnbegrenzung und Rückführung der Staatsausgaben reagiert. Dies fördert unterkonsumtive Tendenzen.[17]

Mit dem Ende des Geleitzugmodells exportiert der Süden seine durch Renten dominierten Strukturen in den Westen, weil er durch Abwertungsprozesse die Arbeit im Norden entmachtet und dadurch die für den Kapitalismus entscheidende, aber stets labile Kräftebalance zwischen Arbeit und Kapital zerstört. Dabei ist völlig unerheblich, dass ein großer Teil von Arbeit im Westen so produktiv ist, dass sich die bei hohen Löhnen notwendigen Güterpreise auf dem (Welt-) Markt durchsetzen lassen. Es genügt, wenn dies für einen substanziellen Teil von Arbeit in den führenden Ländern nicht der Fall ist. Im übrigen üben bei Lohnspreizung die niedrigen Löhne der Arbeitskräfte in nicht

16 Romer, Paul M.: "Increasing Returns and Long-Term Growth", in: Journal of Political Economy, 94, 2 (September-October 1986); S. 1002-1037.

17 Darauf habe ich früh verwiesen, vgl. z.B. Elsenhans, Hartmut: "Social Consequences of the NIEO. Structural Change in the Periphery as Precondition for Continual Reforms in the Centre", in: Jahn, Egbert; Sakamoto, Yoshikazu (ed.): Elements of World Instability: Armaments, Communication, Food, International Division of Labour. Proceedings of the Eighth International Peace Research Association Conference (Frankfurt am Main; New York: Campus, 1981); S. 86-95. Elsenhans, Hartmut: "Absorbing Global Surplus Labor", in: Annals of the American Academy of Political and Social Science, 492 (July 1987); S. 124-135.

innovativen Branchen auch Druck auf die hohen Löhne in den international wettbewerbsfähigen Branchen aus.

Entwicklungspolitik zur Wiederherstellung des Geleitzugmodells

Entscheidend für die Aufrechterhaltung einer freien im Gegensatz zu einer vermachteten und durch Industriepolitik verzerrten Weltwirtschaft ist, dass die Bedingungen für die Wiederherstellung des Geleitzugmodells von Globalisierung geschaffen werden. Zerstört wurde dieses Modell zum einen, weil die unterentwickelten Wirtschaften wegen des sehr niedrigen Grenzprodukts von Arbeit ihre Beschäftigung nur durch hohe Abwertungssätze steigern können, und zum anderen, weil sie mit billigen Nahrungsmitteln die Exportproduktion subventionieren können.

Niemand wird ernstlich eine Reduzierung des landwirtschaftlichen Überschusses in den unterentwickelten Ländern, der Basis ihrer Niedriglohn-Exportwirtschaft, fordern. Das aufgezeigte Dilemma kann deshalb nur überwunden werden, wenn es gelingt, Abwertungsmöglichkeiten dadurch zu begrenzen, dass Produktivitätssteigerungen aus den Exportbranchen auf alle übrigen Branchen unterentwickelter Volkswirtschaften überspringen. Hier gibt es zwei miteinander konfligierende Auffassungen. Nach der einen muss der Staat Investitionen in Branchen subventionieren, in denen technischer Fortschritt Breitenwirkung auf die gesamte Produktionsstruktur ausüben kann, so dass die Wirtschaft allmählich zu den führenden Ländern aufholen kann. Nach der anderen ist technischer Fortschritt stets abhängig von der Expansion der Nachfrage und damit der Steigerung der Masseneinkommen.

Investition der Renten des Exportsektors

Aus der Wettbewerbsfähigkeit neuer Produktionszweige in der Folge von Abwertungen ziehen Exportindustrien, die schon bei höheren Wechselkursen wettbewerbsfähig gewesen waren, keinen Nutzen. Im Fall der Abwertung besteht deshalb die Möglichkeit, ähnlich wie bei Rohstoffexporten, die schon bei hohen Währungsparitäten wettbewerbsfähigen Industrien mit Exportsteuern zu belegen. Die Summe aus Export- und Steuererlösen steigt bei geringer Preiselastizität der Nachfrage. Solche Renten können in die Diversifizierung der Produktion investiert werden.[18] Dies ist die Grundlage für die stark staatsinterventionistischen Züge der erfolgreichen Tigerstaaten.[19] Bei Abwertungen werden nur die internationalen Kosten lokal produzierter Inputs und der lokalen Produktionsfaktoren verbilligt. Je höher der Anteil der Importe und je größer die Abhängigkeit von (meist kapitalintensiver) Technologie, desto geringer die Effekte von Abwertungen auf die Angebotspreise der Exporte. Ohne Minderung dieser Abhängigkeit stößt abwertungsgetriebene Industrialisierung beim Umstieg aus arbeitsintensiv gefertigten technisch anspruchslosen Gütern auf komplexere Produkte mit dynamischeren Absatzmärkten auf Schranken. Der Aufbau von Zulieferindustrien macht dann Sinn, selbst wenn die Kosten zunächst - und auch bei sinkendem Wechselkurs - hoch sind, weil bei eigenen unausgelasteten Kapazitäten (Arbeitslosigkeit) die (vielleicht hohen) Kosten der lokal produzierten Vorprodukte weiterhin durch Abwertungen kompensiert werden können.

Südkorea hat beide Aspekte einer auf Renten gegründeten Diversifizierungsstrategie beim Aufbau seiner Textilindustrie Anfang der 70er Jahre realisiert.[20] Als die

18 Elsenhans, Hartmut: "Rent and Technology Distortion: The Two Cul-de-Sac of State Correction and Market Orientation in IAC and IBC", in: Journal of the Third World Spectrum, 6, 1 (Herbst 1999); S. 33-56.

19 Amsden, Alice H.: Asia's Next Giant (New York; Oxford: Oxford University Press, 1989); S. 139 ff.

20 Krieger Mytelka, Lynn: "The Transfer of Technology: Myth or Reality?", in: Cosgrove, Carol; Jamar, J. (ed.): The European Community's Development Policy: The Strategies Ahead. Conference

Textilexporte auf preis- und einkommensunelastische Nachfrage stießen, wurde der Import von Textilmaschinen verboten. Textilunternehmer wurden zu kompetenten technischen Beratern klein- und mittelbetrieblicher Textilmaschinenhersteller, die im Verhältnis zur Leistung zunächst teure Maschinen produzierten, aber dabei “Humankapital” bildeten. Dies erlaubte die spätere Expansion einer diversifizierten Maschinenproduktion. Es gibt viele Beispiele solcher Subventionen der Diversifizierung.

Gleichwohl gibt es keinen zwingenden Grund für die Annahme, dass auf diesem Weg die Absorption von Marginalität gelingen müsse. Die ostasiatische Literatur hat schon lange vor der Asienkrise aufgezeigt, in welch starkem Maße auch in diesen Ländern Renten Bündnisse zwischen protegierten Unternehmen und Staatsklassen finanzierten[21] und dies auf der Grundlage zunächst nur sektoraler Produktivitätssteigerungen.

Steigerung der Masseneinkommen

Die Ausbreitung technischen Fortschritts mit dem Instrument der Steigerung der Masseneinkommen (und der Anhebung der Kosten auch unqualifizierter Arbeiter in nationaler Währung) stößt auf das Hindernis der Schwäche durchschnittlich qualifizierter Arbeitskräfte – sowohl auf den Arbeitsmärkten als auch in den politischen Auseinandersetzungen -, solange Marginalität vorherrscht. Es käme also darauf an, Marginalität solange in ihren Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte zu begrenzen, bis steigender Massenkonsum zur Produktivitätssteigerung führt.

Im Kern geht es darum, die Marginalen durch Ressourcen zu subventionieren, die vom Produktionsergebnis hochproduktiver Arbeitskräfte abgeschöpft werden und so die Beschäftigung und den Massenkonsum zu Lasten der finanziellen Überschüsse zu erhöhen. Produktionssteigerungen werden möglich, weil der Kapitalkoeffizient bei der Produktion für den Massenkonsum sinkt[22] und weil die Bedeutung der Märkte für die Steuerung der Investitionsvorhaben zu- und administrative Vergeudung abnimmt. Weil die Massennachfrage steigt, werden kleine und mittlere Unternehmen Investitionen vornehmen. Bei angemessen niedrigen Wechselkursen setzen sie angepasste Technologie ein. Diese kann lokal produziert werden. Entsprechend den höheren Ausgaben für lokal produzierte Technologie steigt der Profit: Kaleckis Identität von Investitionsausgaben und Profit wirkt sich aus und stärkt den marktgesteuerten Sektor von Wirtschaft und Gesellschaft.[23]

Ich habe als eine denkbare Möglichkeit die Schaffung einer künstlichen Industrie vorgeschlagen.[24] Mit arbeitsintensiven Verfahren wird ein Produkt hergestellt, das westliche Geber aufkaufen und dann kostengünstig “entsorgen”. Dargestellt habe ich dies als Sammelwirtschaft: Die Entwicklungshilfeagenturen des Westens werfen eindeutig gekennzeichnete Steine über entlegenen Gebieten ab und kündigen einen Aufkaufspreis an, der den Kosten des Überlebens eines durchschnittlich produktiven Sammlers entspräche. Marginale Arbeitskräfte, aber nur sie, sammeln sie auf und verkaufen sie auf lokalen Märkten an Zwischenhändler. Mit den Erlösen versorgen sie sich mit den einfachen Produkten von Landwirtschaft und Kleinindustrie, die die vorherrschende angebotsorientierte Entwicklungspolitik mit Subventionsprogrammen

organised at the College of Europe, Bruges, 4-6 July 1985 (Brügge: De Tempel, 1986); S. 258.

21 Rhee, Jong-Chan: The State and the Industry in South Korea. The Limits of the Authoritarian State (London: Routledge, 1994); S. 232.

22 Erneute Formulierung nach vielen Vorläufern: Murphy, Kevin M.; Shleifer, Andrei; Vishny, Robert: "Income Distribution, Market Size and Industrialization", in: Quarterly Journal of Economics, 104, 3 (August 1989); S. 537-564.

23 Kalecki, Michal: Selected Essays on the Dynamics of the Capitalist Economy 1933-1970 (Cambridge: Cambridge University Press, 1971); S. 7-13.

24 Elsenhans, Hartmut: "Reforming the Economic System of Bangladesh: Main Fields of Action", in: Sautter, Hermann (Hg.): Wirtschaftspolitische Reformen in Entwicklungsländern. Schriften des Vereins für Sozialpolitik 209 (Berlin: Duncker & Humblot, 1991); S. 109-133.

fördern will. Die gerade etwas Bessergestellten tätigen auf ihren Bauernhöfen und in ihren Kleinbetrieben Investitionen, bei angemessenen Wechselkursen in angepasste Technologie. Nachhaltigkeit entsteht hier nicht durch die Hilfsleistung als solche, wohl aber durch die ausgelösten Prozesse. Ein mit einer solchen künstlichen Industrie angestrebter Anstieg der Einkommen von ca. einer Milliarde Armer (= Marginaler) von 150 Dollar pro Jahr auf etwa 225 Dollar pro Jahr (damit sie den Konsum des zweituntersten Fünftels der Haushalte erreichen) würde ungefähr 75 Milliarden Dollar kosten, ein Betrag, der nach den Erfahrungen mit Transfers aus West- nach Ostdeutschland keine inflationären Spannungen auf dem Weltmarkt auslösen wird und im Übrigen nur geringfügig über den jetzigen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit liegt.

Der Zweck solcher Aktivitäten ist die Überbrückung von Marginalität, bis durch die ausgelöste wirtschaftliche Entwicklung Produktivität und Diversifizierung des Produktionsapparates soweit gediehen sind, dass es keine marginalen Arbeitskräfte gibt und die Grundlagen für die neoklassische Theorie der Lohnbildung hergestellt sind. Gelingt diese Transformation, führt jede Innovation zu Nachfrage nach knapper Arbeit. Die Chance besteht, dass dann die Löhne parallel zum Anstieg der durchschnittlichen Produktivität steigen und in allen Produktionszweigen zur Abwehr steigender Arbeitskosten nach Innovation gesucht wird. Technischer Fortschritt, der heute nur in einzelnen Produktionszweigen auftritt, springt auf alle anderen Produktionszweige über. Die kapitalistische Wachstumsdynamik beginnt zu greifen.

Die ostasiatischen Tigerländer belegen, dass dies möglich ist, und im Ergebnis zum weiteren Wachstum auch der Binnenmärkte führt. Das Beispiel der künstlichen Industrie zeigt, dass selbst unter ungünstigsten Voraussetzungen, nämlich einer Ablehnung jeder weiteren Reform in den Ländern des Südens, der Norden ein realistisches Programm hat, diese Länder zu integrationsfähigen Partnern in einer kapitalistischen Weltwirtschaft zu machen. Die Vereinigten Staaten haben in den 50er Jahren so große Volkswirtschaften wie die westdeutsche und die japanische auf diese Weise in die kapitalistische Weltwirtschaft als Führungsnationen integrieren können. Bei einer vergleichbaren Ankurbelung der Binnenmärkte der Länder des Südens wäre heute auch deren Integration in eine kapitalistische Weltwirtschaft in absehbaren Fristen möglich.

Entwicklungspolitik sollte sich also ausschließlich auf Armutsbekämpfung konzentrieren. Alle übrigen Formen der Entwicklungszusammenarbeit sind nachrangig, weil das ausgelöste Wirtschaftswachstum einschließlich des technologischen “upgradings” von den Marktkräften hervorgebracht wird.

Demokratisierung wird von der jeweiligen Bevölkerung durchgesetzt, wenn Marginalität beseitigt ist. Auch hier ist Ostasien ein guter Beleg. Die Abnabelung der Unternehmer und der Masse der Bevölkerung von klientelistischen Systemen ergibt sich aus der Beseitigung von Marginalität. Auch gewaltsame fundamentalistische Bewegungen werden nicht von bestimmten Kulturkreisen hervorgebracht, sondern entstehen unabhängig vom jeweiligen Kulturkreis dort, wo vorkapitalistische Sozialpakte zusammenbrechen und Marginalität um sich greift.

Würden die unterentwickelten Länder durch nachhaltige Verminderung von Marginalität fit für eine Weltmarktwirtschaft, dann würde ähnlich wie vor 1913 die Vertiefung der internationalen Verflechtung überwiegend Wohlstandseffekte zeitigen und keinen Anlass für weltweite Beunruhigung geben. Den politischen Gegnern eines wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus würde allerdings ein wesentliches Argument genommen, mit dem sie die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen rückgängig machen wollen, die seit der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre und der Niederlage des Faschismus durchgesetzt werden konnten.

Globalisierung ist vor allem deshalb eine Herausforderung geworden, weil Wirtschaften in das kapitalistische Weltsystem integriert werden, die dafür wesentliche Strukturvoraussetzungen nicht mitbringen und auch durch diese Integration nicht ausreichend rasch oder überhaupt erhalten. Sie ist aber auch ein Diskurs, der Vollbeschäftigungspolitik diskreditieren soll, um den Herrn-im-Haus-Standpunkt der Eigentümer der Produktionsmittel gegen den gesellschaftlichen und deshalb nur formal privaten Charakter von Eigentum (wieder) durchzusetzen. In diesem Bereich ist Globalisierung ein ideologischer Kampfbegriff, weil nicht die Höhe der Einkommen im wohlfahrtsstaatlichen Westen, sondern die Strukturdefekte der unterentwickelten Wirtschaften die Durchsetzung der in der Neoklassik konstatierten Tendenzen zu Vollbeschäftigung bedrohen.
